

ÄNDERUNGEN DER SATZUNG, BFO UND GO

ANTRAG DES MIT-BUNDESVORSTANDS AN DEN BUNDESMITTELSTANDSTAG ZU ÄNDERUNGEN IN DER SATZUNG UND DER BEITRAGS- UND FINANZORDNUNG SOWIE DER GESCHÄFTSORDNUNG

Ergänzungen/Änderungen sind durch farbige Hervorhebung erkennbar.

Satzung aktuelle Fassung	Satzung Änderungsvorschläge	Erläuterungen
<p>§ 4</p> <p>(1)</p> <p>Die Aufnahme als Mitglied erfolgt auf Antrag des Bewerbers. Der Aufnahmeantrag muss schriftlich, in Textform oder auf elektronischem Wege (z. B. E-Mail) gestellt werden. Über die Aufnahme entscheidet der zuständige Kreisvorstand innerhalb von vier Wochen nach vom Bundes-, Landes- oder Kreisverband bestätigten Eingang des Aufnahmeantrags.</p> <p>Ist dem Kreisvorstand im Einzelfall aus wichtigem Grund keine Entscheidung innerhalb der vorgenannten Frist möglich, verlängert sich diese um weitere zwei</p>	<p>§ 4</p> <p>(1)</p> <p>Die Aufnahme als Mitglied erfolgt auf Antrag des Bewerbers. Der Aufnahmeantrag muss auf elektronischem Wege (z. B. online, E-Mail), in Textform oder schriftlich gestellt werden. Über die Aufnahme entscheidet der zuständige Kreisvorstand innerhalb von vier drei Wochen nach vom Bundes-, Landes- oder Kreisverband bestätigten Eingang des Aufnahmeantrags.</p> <p>Ist dem Kreisvorstand im Einzelfall aus wichtigem Grund keine Entscheidung innerhalb der vorgenannten Frist möglich,</p>	<p><u>Neugestaltung im Aufnahmeprozess</u></p> <p>Bislang hatte die MIT im Vergleich zur CDU einen etwas schnelleren Aufnahmeprozess (Aufnahmefiktion nach 4 bis 6 Wochen). Nun hat die CDU per Statutenänderung das eigene Aufnahmeverfahren stärker gestrafft (Aufnahmefiktion nach 3 bis 4 Wochen). Die MIT sollte nicht ineffizienter und langsamer als die CDU beitrittswillige Bewerber behandeln, deshalb sollte hier die gleiche Regelung wie bei der CDU gelten.</p>

Wochen. Hierüber ist der Bewerber unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen. Eine erneute Fristverlängerung ist unzulässig. Trifft der Kreisvorstand innerhalb von vier, bzw. bei Fristverlängerung sechs Wochen keine ablehnende Entscheidung, gilt der Antrag als angenommen. (...)	verlängert sich diese um zwei eine weitere Woche. Hierüber ist der Bewerber unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen. Eine erneute Fristverlängerung ist unzulässig. Trifft der Kreisvorstand innerhalb von vier Wochen keine ablehnende Entscheidung, gilt der Antrag als angenommen. (...)	
§ 4 (3) Die Mitgliedschaft in einer anderen Partei in Deutschland als der CDU bzw. der CSU schließt die Mitgliedschaft in der „Mittelstands- und Wirtschaftsunion“ aus.	§ 4 (3) Die Mitgliedschaft in einer anderen Partei in Deutschland als der mit der CDU, bzw. der CSU bzw. der EVP-Parteifamilie konkurrierenden Partei oder Wählervereinigung oder deren kommunaler oder parlamentarischer Vertretung schließt die Mitgliedschaft in der „Mittelstands- und Wirtschaftsunion“ aus. Gleiches gilt für eine Mitgliedschaft in sonstigen Organisationen konkurrierender Parteien und Wählervereinigungen.	<u>Zu § 4 Abs. 3:</u> Bisher war – anders als im CDU-Statut – die Mitgliedschaft in einer kommunalen Wählervereinigung, die mit der Union konkurriert, kein explizierter Ausschlussgrund für die MIT-Mitgliedschaft. Ebenso konnten parteilose Mitglieder in einer mit der Union konkurrierenden Fraktion MIT-Mitglieder werden. Und auch Mitglieder der Parteivereinigungen konkurrierender Parteien konnten theoretisch MIT-Mitglieder werden. Das soll nun alles ausgeschlossen werden. Der Hinweis zur EVP bezieht sich vor allem auf Auslandsverbände, damit dort niemand aufgenommen wird, der Mitglied einer gegnerischen Partei ist (z. B. in Österreich ein FPÖ-Mitglied).
§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft (2)	§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft und Ordnungsmaßnahmen (2)	<u>Ergänzung der Überschrift:</u> Im Zusammenhang mit der Einfügung des neuen Abs. 4 (s. u.) <u>Ergänzung in Abs. 2:</u> Ausdrücklicher Hinweis auf Notwendigkeit einer Anhörung. Dies wurde so auch im CDU-Statut geändert.

Der Ausschluss erfolgt auf schriftlichen, begründeten Antrag des Vorstandes des örtlich zuständigen Kreisverbandes nach den einschlägigen Vorschriften des Statuts der CDU bzw. der Satzung der CSU in Verbindung mit den Vorschriften der Parteigerichtsordnungen der CDU bzw. CSU. Den Ausschlussantrag können auch der jeweilige Bezirks- oder Landesvorstand oder der Bundesvorstand stellen.	Der Ausschluss erfolgt auf schriftlichen, begründeten Antrag des Vorstandes des örtlich zuständigen Kreisverbandes nach den einschlägigen Vorschriften des Statuts der CDU bzw. der Satzung der CSU in Verbindung mit den Vorschriften der Parteigerichtsordnungen der CDU bzw. CSU. Den Ausschlussantrag können auch der jeweilige Bezirks- oder Landesvorstand oder der Bundesvorstand stellen. Das Mitglied ist vorher anzuhören.	
	(3) Als Austritt ist auch zu behandeln der Wunsch auf Löschung der zur Führung der Mitgliedschaft in der MIT erforderlichen persönlichen Daten in der ZMD sowie die Aufgabe des der Mitgliederverwaltung gemeldeten Wohnsitzes, ohne der MIT binnen 12 Monaten eine neue Adresse mitzuteilen, unter der das Mitglied postalisch erreichbar ist.	<u>Neu eingefügter Abs. 3:</u> Notwendige Erweiterung der Regelung um weitere Austrittsarten (Wunsch auf Löschung Mitgliederdaten, fehlende Meldung des Wohnsitzes). Die Formulierung entspricht dem geänderten CDU-Statut (§ 9 Abs. 3 neu CDU-Statut).
	(4) Durch den Vorstand des zuständigen Kreis-, Bezirks-, -Landes- oder Auslandsverbandes oder den Bundesvorstand	<u>Neu eingefügter Abs. 4:</u> Bislang konnten – jenseits des Ausschlusses – nur Ordnungsmaßnahmen über Rückgriff auf das CDU-Statut angeordnet werden. Jetzt soll eine eigene Regelung in die MIT-Satzung eingefügt werden, die aber dem CDU-Statut entspricht (§ 10 Abs. 1 neu CDU-Statut).

	können Ordnungsmaßnahmen gegen- über Mitgliedern getroffen werden, wenn diese gegen die Satzung der MIT oder gegen Grundsätze der Ordnung verstoßen. Das Mitglied ist vorher anzu- hören. Zu den Ordnungsmaßnahmen gelten die entsprechenden Bestimmun- gen der Statuten von CDU und CSU.	Letzter Satz verweist auf die Statuten von CDU und CSU, damit nicht die ganzen Regelungen zu den Ordnungsmaßnahmen in die MIT-Satzung auf- genommen werden müssen.
	§ 8 (4) Nur Mitglieder können Ämter in Orga- nen und Gremien der MIT und aller ihrer Gebietsverbände bekleiden; mehr als die Hälfte der Mitglieder solcher Organe und Gremien muss die deutsche Staats- angehörigkeit besitzen.	<u>Neu einzufügender Abs. 4:</u> Es muss gewährleistet sein, dass ein Vorstand nicht von Nicht-Deutschen dominiert werden kann. Die Regelung ist aus dem geänderten CDU-Statut entnommen (§ 6 Abs. 2 neu CDU-Statut).
	§ 8 (5) Von der Kreisverbandsebene an aufwärts können Mitglieder des jeweiligen Vor- standes politische Eltern- und Pflegezeit beanspruchen. Sie können ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Vorstand bis zu einem Jahr ruhen lassen. Zur Feststel- lung erforderlicher Mehrheiten zählen	<u>Neu einzufügender Abs. 5:</u> Dies war ein besonderes Anliegen im Rahmen der Satzungsänderungen der CDU, um attraktiver gerade für junge Eltern zu werden. Die Regelung entspricht weitgehend dem geänderten CDU-Sta- tut (§ 6 Abs. 4 neu CDU-Statut)

	<p>sie während der politischen Eltern- und Pflegezeit nicht mit.</p>	
	<p>§ 8</p> <p>(6)</p> <p>Mitglieder sind berechtigt, Sachanträge an den Bundesmittelstandstag auf elektronischem Wege über ein vom Bundesverband hierzu bereitgestelltes Online-Verfahren zu stellen. Ein Sachantrag an den Bundesmittelstandstag muss von mindestens 100 Mitgliedern unterstützt werden. Alle Sachanträge sind zu begründen. In dem Sachantrag sind zwei Vertrauensleute zu benennen, die gemeinsam berechtigt sind, über den Sachantrag zu verfügen sowie Erklärungen abzugeben und entgegenzunehmen. Die Landesverbände können durch Landessatzung regeln, dass Sachanträge an den Kreis-, Bezirks-, oder Landesparteitag auch von weniger Mitgliedern als für den Bundesmittelstandstag gestellt werden können.</p>	<p><u>Neu einzufügender Abs 6:</u> Die CDU ermöglicht ihren Mitgliedern auf allen Ebenen, Sachanträge zu Parteitagen über eine Mitgliedertool zu stellen (§ 6 Abs. 5 neu CDU-Statut). Bei der MIT gibt es bisher in der GO eine Möglichkeit, Anträge an den Bundesmittelstandstag zu stellen, aber mit einem unpraktikabel hohen Quorum (mindestens 10%). Nun soll die Möglichkeit nicht nur in der GO, sondern in der Satzung mit einer niedrigeren Hürde verankert werden.</p> <p>Bei der CDU müssen mit 500 Mitgliedern etwa 0,12 % aller Mitglieder unterzeichnen. Bei der MIT mit 100 etwa 0,4%, wäre die Hürde relativ höher, aber deutlich niedriger als bisher.</p> <p>Den bisherigen § 6 Abs. 1 Nr. 6 der GO würden wir dann streichen.</p>
	<p>§ 8</p> <p>(7)</p>	<p><u>Neu einzufügender Abs. 7:</u> Die Konsequenz fehlender Beitragszahlungen sollte in die Satzung aufgenommen werden. Die CDU hat in ihrem neuen Statut (§ 7 Abs. 2 neu CDU-Statut) auf folgende Formulierung beschlossen: „Die Rechte eines Mitgliedes ruhen, wenn es länger als sechs Monate mit</p>

	Die Ausübung der Mitgliedsrechte setzt die Einhaltung der Mitgliedspflichten voraus.	seinen persönlichen Mitgliedsbeiträgen schuldhaft im Verzug ist.“Der MIT-Bundesvorstand hält aber eine andere Formulierung, die im Vereinsrecht üblich ist, für passender.
§ 18 Bundesvorstand (2) Die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Landesverbände der „Mittelstands- und Wirtschaftsunion“ und der Mittelstandsunion der CSU nehmen an allen Sitzungen des Bundesvorstandes beratend teil, sofern sie nicht ohnehin gewählte Bundesvorstandsmitglieder sind.	§ 18 Bundesvorstand (2) Die Vorsitzenden der Landesverbände der Mittelstands- und Wirtschaftsunion und der MU Bayern nehmen an allen Sitzungen des Bundesvorstandes beratend teil, sofern sie nicht ohnehin gewählte Bundesvorstandsmitglieder sind. Sollten sie verhindert sein, können sie der Bundesgeschäftsstelle den Landesgeschäftsführer oder ein Mitglied des Bundesvorstands als Vertreter für die betreffende Sitzung benennen, der ihre Rechte gemäß Satz 1 wahrnimmt. Die Geschäftsführer der Landesverbände sowie der MU Bayern sollen grundsätzlich an allen Sitzungen des Bundesvorstands informationshalber digital teilnehmen können.	<u>Änderung in Abs. 2:</u> Dies soll einen Beitrag leisten, den Bundesvorstand etwas zu verkleinern. Durch Wegfall der Pflicht, auch die 16 Landes- und den MU-Geschäftsführer zu Sitzungen des Bundesvorstands als beratenden Teilnehmer zu laden, werden die Anforderungen an zu buchende Raumgrößen etwas verringert. Der Informationspflicht ist durch die Zuschaltmöglichkeit zum Mithören weitergegeben. Der Vorstand kann jederzeit entscheiden, die Landesgeschäftsführer auch in die Präsenzsitzungen zu laden und ihnen dort Rederecht einzuräumen (z. B. wenn sie ohnehin aufgrund anderer MIT-Veranstaltungen vor Ort sind), muss es aber künftig nicht mehr.
(4) Sitzungen des Bundesvorstands können auch im Wege einer Telefonkonferenz, Videokonferenz oder elektronischen	(Streichung Abs. 4 und 5)	<u>Streichung Abs 4 und 5:</u> Der Absatz kann entfallen, weil durch den Verweis in § 24 auf das CDU-Statut die dort geltenden einfacheren Regelungen für elektronische bzw. hybride Sitzungen sowie elektronische Umlaufverfahren gelten. Die alten, recht

<p>Chat-/Videokonferenz stattfinden, wenn mehr als zwei Drittel der Mitglieder des Vorstands dem Verfahren zustimmen und die Beschlüsse in diesen Sitzungen mindestens mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der teilnehmenden stimmberechtigten Vorstandsmitglieder gefasst werden.</p> <p>(5) In besonderen Fällen kann der Bundesvorstand auch Beschlüsse im schriftlichen oder elektronischen Umlaufverfahren fassen, wenn mehr als zwei Drittel der Mitglieder des Vorstands dem Verfahren zustimmen und mindestens zwei Drittel der teilnehmenden stimmberechtigten Vorstandsmitglieder dem Beschluss zustimmen.</p>		<p>hohen Hürden waren aus der Vor-Corona-Zeit als Online-Sitzungen und elektronische Beschlussverfahren noch ungewohnt waren.</p> <p>§ 40 a neu CDU-Statut (Durchführung von Vorstandssitzungen) (1) Vorstandssitzungen können in Präsenz oder als digitale Sitzungen durchgeführt werden. Vorstandsmitglieder haben das Recht, an den Präsenzsitzungen mittels angebotener Telefon-, Videokonferenz oder anderem digitalen Format teilzunehmen (hybride Sitzung). (2) Der Vorstand kann in begründeten Fällen hybride Sitzungen nach Abs. 1 ganz oder teilweise ausschließen.</p> <p>§ 42 Abs. 3 neu CDU-Statut (Abstimmungsarten): Die Vorstände der Partei können im Umlaufverfahren Abstimmungen durchführen und Beschlüsse fassen. Das Umlaufverfahren ist unzulässig, wenn mehr als ein Viertel der Mitglieder des Vorstands ausdrücklich widerspricht. Die Abstimmung im Umlaufverfahren erfordert eine Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Vorstands. Die Einleitung des Umlaufverfahrens, Widersprüche gegen dessen Durchführung und Abstimmungen im Umlaufverfahren müssen schriftlich, auf elektronischem Wege (z. B. E-Mail) oder in Form anderer digitaler Formate erfolgen. Die Durchführung eines Umlaufverfahrens kann auch in einer Sitzung des Vorstands beschlossen werden. Der Vorsitzende hat das Abstimmungsergebnis und die Fassung des Beschlusses festzustellen und dem Vorstand bekanntzugeben.</p>
	<p>§ 18</p> <p>(4) Bei Wahlen und Nominierungen für Organe der CDU sind nur die CDU-Mitglieder im Bundesvorstand stimmberechtigt.</p>	<p><u>Neu einzufügender Abs. 4:</u> Gremien der CDU sollten nur von CDU-Mitgliedern bestimmt werden können. Derzeit können theoretisch auch die CSU-Mitglieder im Bundesvorstand darüber mitentscheiden.</p>
§ 20 Präsidium	§ 20 Präsidium	s. o. bei § 18 Abs. 4 und 5.

<p>(5) Sitzungen des Präsidiums können auch im Wege einer Telefonkonferenz, Video- konferenz oder elektronischen Chat-/Vi- deokonferenz stattfinden, wenn mehr als zwei Drittel der Mitglieder des Präsi- diums dem Verfahren zustimmen und die Beschlüsse in diesen Sitzungen mindes- tens mit einer Zwei-Drittel- Mehrheit der teilnehmenden stimmberechtigten Präsidiumsmitglieder gefasst werden.</p> <p>(6) In besonderen Fällen kann das Präsidium auch Beschlüsse im schriftlichen oder elektronischen Umlaufverfahren fassen, wenn mehr als zwei Drittel der Mitglie- der des Präsidiums dem Verfahren zu- stimmen und mindestens zwei Drittel der teilnehmenden stimmberechtigten Präsidiumsmitglieder dem Beschluss zu- stimmen.</p>	<p>Streichung Abs. 4 und 5</p> <p>Bisheriger Abs. 6 wird neu Abs. 4</p>	
<p>§ 24 Geltung der Satzungen von CDU und CSU</p> <p>(2) Für Abstimmungen und Wahlen in der MIT werden die in den §§ 42 Abs. 1 und § 43 Abs. 1 Sätze 4 und 5 der Verfahrens-</p>	<p>§ 24 Geltung der Satzungen von CDU und CSU</p> <p>(2) Für Versammlungen, Abstimmungen und Wahlen in der MIT werden die in den §§ 40, 40a, 42 Abs. 1 und § 43 Abs. 1 Sätze 4</p>	<p><u>Änderungen in § 24:</u> Durch die Ergänzungen wird klargestellt, dass auch für Einladung und Durchführung von Versammlungen grundsätzlich die wesentlichen Verfah- rensvorschriften der CDU gelten. Damit werden auch die neu in das CDU- Statut aufgenommene Möglichkeit elektronischer Einladungen (§ 40 Abs. 1 Satz 2 neu CDU-Statut), die Soll-Vorschriften für verbindliche Anfangs- und Endzeiten (§ 40 Abs. 5 neu CDU-Statut), die elektronischen Umlaufverfah- ren (§ 42 Abs. 3 neu CDU-Statut) sowie der Grundsatz elektronischer bzw.</p>

<p>ordnung der CDU Deutschlands niedergelegten Verfahrensvorschriften angewandt, um auch elektronische Verfahren zu ermöglichen.</p>	<p>und 5 des Statuts der CDU niedergelegten Verfahrensvorschriften entsprechend angewandt, um auch elektronische Verfahren zu ermöglichen.</p>	<p>hybrider Sitzungen für die MIT-Organe übernommen (§ 40a neu CDU-Statut). Der bisherige Hinweis auf die elektronischen Verfahren war rein deklaratorisch und sollte gestrichen werden, weil der Bezug nicht mehr stimmt.</p>
	<p>§ 24</p> <p>(3) Gemäß § 15 Abs. 3c des Statuts der CDU-Deutschlands gelten die Absätze 3 bis 3b des § 15 CDU-Statut (Frauenquote) bei der MIT auf allen Ebenen nicht. Stattdessen gilt die Regelung des § 15 Abs. 3 in der bis 31.12.2022 geltenden Fassung des Statuts der CDU für die MIT weiter (Frauenquorum), solange es im CDU-Statut für die Vereinigungen verbindlich vorgeschrieben wird:</p> <p><i>§ 15 Abs. 3 (alt) CDU-Statut: Förmliche Kandidatenvorschläge bei Wahlen für Parteiämter haben den Grundsatz nach Abs. 2 zu beachten. Wahlgremien können Kandidatenvorschläge zurückweisen, die Frauen nur unzureichend berücksichtigen. Wird bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern von der Kreisverbandsebene an aufwärts in einem ersten Wahlgang das Frauenquorum von einem Drittel</i></p>	<p><u>Neu einzufügender Absatz 3:</u> Die CDU hat eine verbindliche Frauenquote für Gruppenwahlen in ihr Statut geschrieben, die in Stufen von 30 bis 50 Prozent anwächst. Sie hat den Vereinigungen ein „Opt-Out“-Recht bis 31.12.2023 gegeben. Bis dahin müssen die Vereinigungen entscheiden, ob sie die neue verbindliche Quote auch für sich gelten lassen wollen, oder ob sie das bisherige Frauenquorum weiter gelten lassen wollen. Ein völliger Verzicht auf Wahlvorgaben in Sachen Gleichstellung ist nicht zulässig. Gibt es keine Satzungsregelung, die explizit von der Quotenvorgabe abweicht, gilt die Quotenvorgabe der CDU auch für Wahlen in der jeweiligen Vereinigung. Da die MIT verbindliche Quoten grundsätzlich ablehnt, wäre es konsequent, sie zumindest für die MIT auszuschließen und weiter das Quorum anzuwenden. Das Quorum ist aufgrund der Statutenvorgabe der CDU nicht abdingbar.</p>

	<i>nicht erreicht, ist dieser Wahlgang ungültig. Es ist ein zweiter Wahlgang vorzunehmen, zu dem weitere Vorschläge gemacht werden können. Dessen Ergebnis ist unabhängig von dem dann erreichten Frauenanteil gültig.</i>	
BFO aktuelle Fassung	<i>BFO Änderungsanträge</i>	Erläuterungen
<p>(1) Die Bundesumlage beträgt 30 Euro pro Mitglied und Jahr; bei unterjährigem Ein- oder Austritt wird zeitanteilig abgerechnet. Sonderregelungen von dieser Beitragsordnung können auf Vorschlag eines Landesverbandes vom Bundesvorstand getroffen werden. Sie sind zeitlich zu befristen.</p>	<p>§ 1 (1) Die Bundesumlage beträgt 30 Euro und ab 1.1.2025 40 Euro pro Mitglied und Jahr; bei unterjährigem Ein- oder Austritt wird zeitanteilig abgerechnet. Sonderregelungen von dieser Beitragsordnung können auf Vorschlag eines Landesverbandes vom Bundesvorstand getroffen werden. Sie sind zeitlich zu befristen.</p> <p>(2) Die Mittelstandsunion Bayern zahlt ab 1.1.2025 die Hälfte der für MIT-Landesverbände geltenden Bundesumlage pro Mitglied und Jahr. Damit sind alle regulären Aufwendungen des Bundesverbandes für die Mittelstandsunion Bayern abgegolten.</p>	<p><u>Änderungsvorschlag für § 1 Abs. 1 BFO:</u> Änderung der Umlagenhöhe erfolgt auf Vorschlag der Projektkommission MIT 2023. Dies soll erst 2025 wirksam werden, damit Landes- und Kreisverbände ausreichend Zeit haben, das umzusetzen bzw. ggf. ihre Umlagen und Beitragshöhen anzupassen.</p> <p><u>Zu ergänzender neuer Abs. 2:</u> Die neu einzuführende Regelung entspringt den Verhandlungen zwischen der Bundesvorsitzenden und dem Bundesschatzmeister und der MU Bayern und einem daraus folgenden Vorstandsbeschluss der MU Bayern. Sie steht im Zusammenhang mit einer bei der MU frühestens für 2024 geplanten Beitragserhöhung, die allerdings erst auf einer Delegiertenkonferenz im Oktober beschlossen wird. Sie würde das Thema erstmals in der BFO regeln und eine immer wieder aufkeimende Debatte beruhigen. Die MU ist kein Landesverband der MIT, sondern eine eigenständige Organisation, die rechtlich gleichgestellt ist mit dem Bundesverband der 15 MIT-Landesverbände, und sie hat sich mit dem Bundesverband vertraglich geeinigt, Teil des Bundes-</p>

(4) Für Auslandsverbände...	(5) Für Auslandsverbände...	verbandes zu werden und ihn damit zu stärken. Da die MU eine andere Beitragsstruktur hat und deren Mitglieder nicht unmittelbare Mitglieder des Bundesverbandes werden und von diesem auch nicht verwaltet werden, ist ein deutlich niedrigerer Beitrag der MU für die Aufgaben des Bundesverbandes angemessen als die übrigen Kreisverbände für den Bundesverband leisten. Die neue Regelung bedeutet faktisch eine Verdoppelung der Nettoleistungen für den Bundesverband. Die weiteren Absatzziffern erhöhen sich um jeweils 1.
§ 8 Rechnungsprüfung (2) Die Rechnungsprüfer haben vor der Abstimmung über die Entlastung des Bundesvorstandes ihren Prüfungsbericht dem Bundesmittelstandstag vorzutragen und votieren zur Entlastung des Bundesvorstandes.	§ 8 Rechnungsprüfung (2) Die Rechnungsprüfer haben vor der Abstimmung über die Entlastung des Bundesvorstandes ihren Prüfungsbericht dem Bundesmittelstandstag vorzutragen vorzulegen und votieren zur Entlastung des Bundesvorstandes.	<u>Änderung in Abs. 2:</u> Bislang müssen die Rechnungsprüfer ihren Rechenschaftsbericht immer mündlich vortragen, obwohl dieser auch schriftlich vorgelegt wird. Dies findet im Regelfall wenig Aufmerksamkeit bei den Delegierten und bremst den Ablauf. Deshalb sollte – wie bei der CDU – die schriftliche Vorlage ausreichen.
GO aktuelle Fassung	GO Änderungsanträge	Erläuterungen
§ 5 (Antragsfrist und Antragsversand) (1) Anträge sind dem Bundesvorstand schriftlich oder elektronisch zuzuleiten. Sie müssen spätestens vier Wochen vor dem BMT bei der MIT-Bundesgeschäftsstelle eingegangen sein.	§ 5 (Antragsfrist und Antragsversand) (1) Anträge sind dem Bundesvorstand durch Verwendung des von der MIT bereitgestellten elektronischen Eingabesystems zuzuleiten. Sie können	<u>Ergänzung in § 5 Abs. 1 GO:</u> Damit wird im Wesentlichen die neue Regelung aus der CDU-GO übernommen. Die MIT verwendet ein ähnliches Antragstool wie die CDU. Die Nutzung dieses Tools soll als Grundsatz zur Einreichung von Anträgen in der GO festgeschrieben werden.

	nur in begründeten Ausnahmefällen durch E-Mail oder schriftlich gestellt werden. Sie müssen spätestens vier Wochen vor dem BMT bei der MIT-Bundesgeschäftsstelle eingegangen sein.	
<p>§ 6 (Antragsrechte) (1) Antragsberechtigt zum BMT sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Bundesvorstand der MIT, 2. die jeweiligen Vorstände der MIT-Landesverbände, 3. die jeweiligen Vorstände der MIT-Bezirksverbände, 4. die jeweiligen Vorstände der MIT-Kreisverbände sowie die MIT-Auslandsverbände, 5. die Kommissionen der MIT. 6. Mitglieder in einem Online-Verfahren, sofern sie ein Quorum von 10 Prozent der Gesamtmitgliederzahl erreichen. 	<p>§ 6 (Antragsrechte) (1) Antragsberechtigt zum BMT sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Bundesvorstand der MIT, 2. die jeweiligen Vorstände der MIT-Landesverbände, 3. die jeweiligen Vorstände der MIT-Bezirksverbände, 4. die jeweiligen Vorstände der MIT-Kreisverbände sowie die der MIT-Auslandsverbände, 5. die Kommissionen der MIT des MIT-Bundesvorstands. 6. Mitglieder in einem Online-Verfahren, sofern sie ein Quorum von 10 Prozent der Gesamtmitgliederzahl erreichen. mindestens 100 Mitglieder den Antrag unterstützen. 	<p><u>Änderungen in § 6 GO:</u> Bei Ziffer 4 nur die Klarstellung, dass auch die Vorstände der Auslandsverbände antragsberechtigt sind. Bei Ziffer 5 die Klarstellung, dass nur die Kommissionen des Bundesvorstands und nicht Kommissionen von Landesverbänden antragsberechtigt sind. Bei Ziffer 6 in Folge der beantragten Änderung zu § 8 Abs. 6 MIT-Satzung nun verringerte Hürde auf 100 Mitglieder.</p>